

Die UNESCO hat einstweilen die von manchen erwartete ›Zerreißprobe‹ bestanden. Auch andere Fragen waren kontrovers, führten aber nicht zum Eklat. Der vom Rat der Vereinten Nationen für Namibia gestellte Antrag auf Aufnahme des Gebiets als Vollmitglied wurde mit 74 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 13 Enthaltungen angenommen; Namibia gehört seit November 1977 bereits der UN-Ernahrungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und seit Juni 1978 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an. Als 146. Mitgliedstaat der UNESCO wurde Dominica (vgl. S.32 dieser Ausgabe) von der Generalkonferenz aufgenommen.

Praktisch unbeachtet blieb in der Berichtserstattung die Verabschiedung einer Deklaration über Rassismus und rassisches Vorurteil. Weiterhin wurde ein Programm zur Demokratisierung der Erziehung und Modernisierung der Erziehungssysteme diskutiert und verabschiedet. Ein Gremium wurde beauftragt, die Bemühungen um die Rückführung unerlaubt ausgeführter Kulturgüter in ihr Ursprungsland zu fördern. Auch bestätigte die Generalkonferenz erneut das Recht der Bevölkerung in den besetzten arabischen Gebieten auf Erziehung und auf ein nationales Kulturleben im Einklang mit ihrer eigenen Identität. Schließlich wurde der Zweijahreshaushalt 1979/80 der UNESCO in Höhe von 303 Mill US-Dollar verabschiedet. Die 21. Generalkonferenz wird im Herbst 1980 in Belgrad stattfinden. **WB**

#### **Menschenrechtsausschu: Staatenbericht der Sowjetunion — Individualbeschwerden (5)**

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 5/1978 S.167f. fort.)

Auf seiner fünften Tagung Ende Oktober/Anfang November 1978 in Genf erörterte der Aussch die Berichte von Mauritius, der Sowjetunion und von Bjeloruland (Weißrußland) sowie einen ergänzenden Bericht von Ecuador. Vertagt wurde die Debatte über einen Bericht Chiles. Bislang haben 26 Staaten ihre Berichte, die binnen eines Jahres nach Beitritt zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vorzulegen sind, eingereicht. Fünf Staaten haben auf Anfrage des Ausschusses ergänzende Angaben gemacht. Dagegen stehen die Berichte folgender Staaten noch aus, obwohl sie bereits 1977 fällig waren: Barbados, Costa Rica, Irak, Jamaika, Kenia, Kanada, Kolumbien, Libanon, Mali, Mongolei, Rwanda, Tansania und Uruguay. Weitere fünf Berichte fehlen, die 1978 fällig wurden.

**Sowjetunion und Bjeloruland:** Der sowjetische Bericht verursachte eine lebhafte Diskussion im Aussch. Der sowjetische Vertreter wurde vor allem zu folgenden Punkten befragt: Besteht für die Teilrepubliken ein Sezessionsrecht? Die Verfassung von 1977 sieht dies vor. Die Experten des Ausschusses bezweifelten die Relevanz dieser Vorschrift, auf die im Bericht hingewiesen worden war, betonten dabei jedoch gleichzeitig, daß das in Art.1 des Paktes garantierte Selbstbestimmungsrecht die Gewährleistung eines Sezessionsrechtes nicht mit umfasse. Des weiteren stand im Mittelpunkt der Diskussion die Frage

nach den Garantien für ein rechtsstaatlich ausgestaltetes Strafverfahren. Bezweifelt wurde außerdem die Behauptung des Berichts, daß es keine politisch begründete Diskriminierung gebe. Weitere Fragen bezogen sich auf die Möglichkeit, Personen zur Zwangsarbeit heranzuziehen — der sowjetische Vertreter sprach den Arbeitslagern den Charakter der Strafe ab und bezeichnete sie als reine Erziehungsmaßnahmen —, die Freiheit der Religionsausübung, Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Freizügigkeit. Angesprochen wurde auch der Vorwurf an die Sowjetunion, sie erlaube die Einweisung von Regimekritikern in psychiatrische Anstalten. Ihr Vertreter nahm in der Diskussion den Standpunkt ein, die Rechtsordnung und die Praxis in der Sowjetunion stnden in vollem Einklang mit dem Weltpakt. Einige der in der Diskussion genannten Grundrechtsbeschrnkungen rechtfertigte er aus der ›ordre public‹-Klausel der Art.18, 19 und 21 des Paktes. — Der bjelorusische Bericht wurde unter vergleichbaren Gesichtspunkten geprüft, wenn auch weniger intensiv.

**Mauritius:** Hauptdiskussionspunkt war hier die Rechtsstellung der Frau. Der Regierungsvertreter teilte in der Debatte mit, daß bereits gesetzgeberische Initiativen eingeleitet worden seien, um die Stellung der Frau zu verbessern. Weiterhin wurde diskutiert, ob die Möglichkeit, körperliche Züchtigungen als Kriminalstrafe anzuordnen, dem Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung zuwiderläuft; schließlich ging es um die Unabhängigkeit der Gerichte sowie das Festnahmerecht der Polizei. Wie auch in den bisherigen Debatten wurde ebenfalls die Stellung des Paktes in der Normenhierarchie von Mauritius angesprochen.

**Ecuador:** Die Erörterung konzentrierte sich auf die Fragen des Wahlrechts — nur des Lebens und Schreibens kundige Bürger haben ein aktives Wahlrecht —, den Strafvollzug sowie die Stellung der eingeborenen Bevölkerung. Hinsichtlich des letzten Punktes führte der Regierungsvertreter aus, daß Bestrebungen unternommen würden, die eingeborene Bevölkerung zu integrieren.

**Individualbeschwerden:** In nichtöffentlicher Sitzung beschäftigte sich der Aussch mit den eingegangenen Individualbeschwerden. Er erhielt sechs neue Beschwerden, anhängig waren noch einige wenige ältere. Die nächste Tagung des Ausschusses ist für den 9. bis 27. April 1979 in New York vorgesehen. **Wo**

#### **Rechtsfragen**

##### **Humanitäres Kriegsvlkerrecht: Zusatzprotokolle in Kraft (6)**

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 1/1978 S.31 fort.)

Der Verbesserung des Schutzes der Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen sollen die Zusatzprotokolle I und II zu den vier Genfer Rotkreuz-Konventionen vom 12. August 1949 dienen; sie sind sechs Monate nach Hinterlegung der zweiten Ratifikationsurkunde am 7. Dezember 1978 in Kraft getreten. Ratifiziert haben bisher (Stand: 20. Dezember 1978) El Salvador, Ghana und Libyen.

Zusatzprotokoll I wurde von 62 Staaten, II von 58 Staaten unterzeichnet; Vorbehalte gaben bei Zusatzprotokoll I 10 Staaten und bei II 6 Staaten ab. **Red**

##### **Umweltkrieg: Konvention in Kraft (7)**

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 3/1977 S.96f. fort; vgl. auch VN 4/1978 S.131f.)

Die »Verwendung von umweltverndernden Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken« verbietet die am 5. Oktober 1978 nach der Ratifikation durch 20 Staaten in Kraft getretene ›ENMOD‹ (von ›environmental modification techniques‹) Konvention. Bis zum 1. Januar 1979 waren folgende 21 Staaten dem Vertrag beigetreten: Bjeloruland (Weißrußland), Bulgarien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Finnland, Ghana, Großbritannien, Indien, Jemen (Arabische Republik), Kuba, Laos, Mongolei, Polen, Sowjetunion, Spanien, Sri Lanka, Tschechoslowakei, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Zypern. **Red**

##### **IGH: Entscheidung zum gis-Streitfall — Festlandsockelstreit Libyen/Tunesien (8)**

(Die folgenden Ausführungen knüpfen an den Bericht in VN 5/1976 S.153f. an.)

I. Am 19. Dezember 1978 erklärte sich der Haager Internationale Gerichtshof (IGH) im Falle des griechisch-türkischen Festlandsockelstreits (Aegean Sea Continental Shelf Case) für in der Sache unzuständig. Die Entscheidung erging mit 12 gegen 2 Stimmen. Gegen die Entscheidung stimmten der Richter de Castro sowie der griechische Ad-hoc-Richter Stassinopoulos.

Der Gerichtshof stützte sich in seiner Entscheidung auf einen zu Art.17 der Generalakte von 1928 über die friedliche Beilegung internationaler Konflikte von Griechenland, dem Kläger dieses Verfahrens, eingelegten Vorbehalt. Art.17 der Generalakte begründete die grundsätzliche Zuständigkeit des Stndigen Internationalen Gerichtshofs zur Entscheidung derartiger Streitigkeiten. Der IGH ging davon aus, daß dies im Verhältnis zu Griechenland und zu der Türkei, die beide der Generalakte beigetreten waren, seine Zuständigkeit als Nachfolger des Stndigen Internationalen Gerichtshofs begründen würde unter der Voraussetzung, daß Art.17 in dem konkreten Fall angewandt werden könne. Dies verneinte der IGH unter Bezug auf den bereits erwähnten Vorbehalt Griechenlands, durch den dieses bei seinem Beitritt zu der Generalakte im Jahre 1931 alle Streitigkeiten über seinen territorialen Status der Jurisdiktion des Gerichtshofs entzog.

Griechenland hatte argumentiert, daß sich die Türkei nicht regulär auf diesen Vorbehalt berufen habe, so daß er für die Kompetenzentscheidung des Gerichtshofs nicht herangezogen werden könne. Dem hielt der IGH entgegen, daß die Türkei in der Klageerwiderung auf diesen Vorbehalt hingewiesen habe, was als ausreichend anzusehen sei.

Des weiteren machte Griechenland geltend, daß der Vorbehalt auch sachlich nicht für den vorliegenden Fall zutreffe. Es seien nicht alle territorialen Streitigkeiten von der Jurisdiktion des Gerichtshofs aus-